Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5940**

15. Wahlperiode 29. 07. 2005

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 25. Juli 2005 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Braun, Helge (CDU/CSU)	20, 21
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	22
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	25
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	26
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	23
Klöckner, Julia (CDU/CSU)	1, 2
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	10, 11
Laurischk, Sibylle (FDP)	17, 18, 19
Löning, Markus (FDP)	3, 4
Marschewski, Erwin (Recklinghausen) (CDU/CSU)	5
Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	14, 15, 16
Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)	12, 27
Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	6, 7, 8, 33
Storjohann, Gero (CDU/CSU)	28, 29
Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	9, 13, 24
Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	30, 31, 32

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Klöckner, Julia (CDU/CSU)
Mögliche Gefahren des Exports der Technologie zur Herstellung von 64-Bit Computer Chips, insbesondere im Hinblick auf die Nutzung der Technologien zur Herstellung von Waffen für die Volksrepublik China ... 1

Löning, Markus (FDP)
Broschüren und Informationsmaterialien der Bundesregierung seit Mai 2005 sowie weitere geplante Informationskampagnen für 2005 ... 1

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Marschewski, Erwin (Recklinghausen) (CDU/CSU)
Ergebnisse des Besuchs des Bundeskanzlers am 3. Juli 2005 im Königsberg/Kaliningrader Gebiet im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gebiets ... 14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Singhammer, Johannes (CDU/CSU)
Gegenwärtiger und zukünftiger Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in der Landeshauptstadt München sowie in der Bundesrepublik Deutschland ... 14

Strebl, Matthäus (CDU/CSU)
Kosten der Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei ... 15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)
In Deutschland aus der Haft entlassene Personen aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetz über den europäischen Haftbefehl, Gründe für die Inhaftierung dieser Personen ... 16

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)
Wettbewerbsnachteil für deutsche Banken und Sparkassen aufgrund der abweichenden Regelungen von der neuen EU-Zinsrichtlinie für Österreich, Luxemburg und die Schweiz ... 17

Strebl, Matthäus (CDU/CSU)
Dividendeneinnahmen seit 1998 aus dem Besitz von Aktien der Deutsche Post AG ... 18

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)
Gefährdungslage beim Einsatz der deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan ... 19

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Laurischk, Sibylle (FDP)
Verbesserung der Rahmenbedingungen der Familienpolitik bezüglich Generationensolidarität ... 20

Beratungs- und Zufluchtsstellen für Migrantinnen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden ... 20

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

Braun, Helge (CDU/CSU)
Umsetzung der Meldepflichten von Prüfer und Sponsor über unerwartete schwerwiegende Nebenwirkungen bei der klinischen Prüfung von bereits zugelassenen Arzneimitteln durch das Arzneimittelgesetz und die GCP-Verordnung ... 21

Seite

Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)
Stand der Umsetzung der Integrierten Versorgung 22

von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)
Herstellungs- und Schaltkosten der ganzseitigen Anzeige des BMGS in der Parteizeitschrift „Schrägstrich“ 22

Strebl, Matthäus (CDU/CSU)
Entwicklung der Mindestreserven in der gesetzlichen Rentenversicherung 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Feibel, Albrecht (CDU/CSU)
Stand des Lkw-Maut-Schiedsgerichtsverfahrens, Verfahrenskosten 25

Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)
Auswirkungen der neuen Tarife der Deutschen Bahn AG und der französischen SNCF für Krankenzüge 25

Seite

Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)
Einstufung des 6-streifigen Ausbaus der Bundesautobahn A 73 von der Anschlussstelle Forchheim-Süd bis zur Anschlussstelle Eltersdorf in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 26

Storjohann, Gero (CDU/CSU)
Gesetzliche Einführung des Fahrens mit Licht am Tage 26

Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)
Zustimmung des BMVBW zur Finanzierung der Bundesstraße B 28 neu 27

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Singhammer, Johannes (CDU/CSU)
Zulassung elektrischer Dosimeter in der amtlichen Dosimetrie 28

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete **Julia Klöckner** (CDU/CSU)

Welche Gefahren sieht der Bundesnachrichtendienst beim Export der vom Chiphersteller AMD entwickelten Technologien (Herstellung von 64-Bit Computer Chips), insbesondere im Hinblick auf die Nutzung der Technologien zur Herstellung von Waffen für die Volksrepublik China?

2. Abgeordnete **Julia Klöckner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes und wenn nicht, warum nicht?

Antwort des Chefs des Bundeskanzleramtes und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes, Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier vom 27. Juli 2005

Nachrichtendienstliche Erkenntnisse und Bewertungen des Bundesnachrichtendienstes, die der regierungsinternen Vorbereitung von Exportgenehmigungsentscheidungen dienen, kann die Bundesregierung grundsätzlich nur in den für nachrichtendienstliche Angelegenheiten zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages behandeln.

3. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Welche Broschüren und Informationsmaterialien der Bundesregierung sind seit Mai 2005 hergestellt worden, und wie hoch sind die Kosten?

Antwort des Stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung und stellvertretenden Leiters des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Hans-Hermann Langguth vom 26. Juli 2005

Eine Aufstellung der von der Bundesregierung in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Juli 2005 hergestellten Broschüren und Informationsmaterialien ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Der Gesamtbetrag der Herstellungskosten für die hier aufgeführten Produkte, soweit diese bereits abgerechnet wurden, beläuft sich auf 4 192 609,55 Euro einschließlich Umsatzsteuer.

Aus dem Bereich des Auswärtigen Amts wurden nur Broschüren und Informationsmaterialien erfasst, die im Inland zum Einsatz kamen. Das Deutsche Archäologische Institut als einzige nachgeordnete Behörde des Auswärtigen Amts konnte auf Grund der kurzen Frist zur Beantwortung und wegen der aktuellen Grabungssaison keine Angaben machen.

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
AA	Deutsche Außenpolitik 2004/2005
	Edition Diplomatie „Deutschland und Israel – Ein Symposium“
	Edition Diplomatie „Beyond Cold Peace“
	Nachdruck Flyer „Kleiner Ratgeber für die Urlaubsplanung“
	Deutsch-Arabischer Mediendialog – Jugend, Medien und Politische Partizipation Berlin 29. bis 30. November 2004
	Kulturkurier (elektronische Veröffentlichung)
	Sonderausgabe „Tribüne“ zu 40 J. dipl. Bez. Deutschland – Israel
	Publikationen der Texte der 2004 von der Jerusalem Foundation durchgeführten Jeckes-Konferenz
	Aktionsplan der Bundesregierung zur Zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung in 15 500 Exemplaren (7 750 deutsch, 7 750 englisch)
	Bewerberbroschüre für alle Laufbahnen, Nachdruck
	Sonderheft der Zeitschrift DEUTSCHLAND in polnischer Sprache anl. deutsch-polnischem Jahr
	Bosnische, kroatische und serbische Sprachfassung der Website www.stabilitaetspakt-soe.de
	Druckkostenübernahme für OSZE-Publikation: „Small Arms and Light Weapons Guide“ (arabischsprachig)
BMI	Faltblatt „Statistik – Die Welt in Zahlen“
	Broschüre „Kriminalstatistik 2004“
	Broschüre „Nach dem 11. September 2001“ (Nachdruck)
	Periodikum-Heft 2/2005 „Innenpolitik“
	Broschüre „Fortschrittsbericht 2005 des Regierungsprogramms Moderner Staat – Moderne Verwaltung“/modernes Verwaltungsmanagement
	Fußball WM-Faltblatt „Die Welt zu Gast bei Freunden“
	Online-Broschüre „Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik“
	Broschüre „Zuwanderung – das neue Gesetz“ (Nachdruck)
	DVD (deutsch, engl.) „Deutschland freut sich auf die Fußball-WM 2006“
	Faltblatt (deutsch, engl.) „Verwaltungshilfe im Bundesministerium des Innern: EU-Förderprogramme“
	Broschüre „Master of European Governance and Administration“
	Heft 2 BundOnline aktuell
	Faltblatt „ABG – automatisierte und Biometrie gestützte Grenzkontrolle am Flughafen Frankfurt/M.“
	Vorabfassung des Verfassungsschutzberichtes 2004
	Broschüre „Türkische linksextremistische Organisationen in Deutschland“
	Booklet „Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“
	BKA-Image-Broschüren
	Prospekt Wettzell

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	2 Kartenverzeichnisse (akt. u. histor. Karten)
	2 Prospekte Villa Mumm
	3 Prospekte NTRIP-GREF-Quasigeoid
	Flyer CRS-EU
	Jahresbericht 2003/2004
	IERS Report 2003
	Informationsbroschüre ALF
	Faltblatt Biometrie
	Faltblatt Viren Co.
	Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2005 (noch nicht offiziell vorgestellt)
	Nationaler Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen (NPSI)
	Flyer über Ausbildungsberufe im BAMF (Nachdruck)
	Flyer „Das Bundesamt und seine Aufgaben“ in englischer Sprache
	Flyer „Freiwillige Rückkehr nach Afghanistan“ (Nachdruck)
	Flyer „Ablauf des deutschen Asylverfahrens“
	Flyer „Das Bundesamt und seine Aufgaben“ in deutscher Sprache (Nachdruck)
	Englische Übersetzung des Konzeptes für einen bundesweiten Integrationskurs
	Überarbeitung Projektatlas
	Broschüre „Migration und Asyl in Zahlen“ (Nachdruck)
	Trainings- und Wettkampfforschung im Eiskunstlaufen
	Die politische Regulierung des Profifußballs
	Typisch Sport
	Sport, Women & Leadership
BMJ	Broschüre „Erben und Vererben“
	Broschüre „Betreuungsrecht“
	Jahresbericht 2004
BMF	BMF Aktuell 1/05
	BMF Aktuell 2/05
	BMF-Monatsbericht Mai 2005
	BMF-Monatsbericht Juni 2005
	50 Jahre Arbeitskreis „Steuerschätzungen“
	Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
	Das Alterseinkünftegesetz: Gerecht für Jung und Alt (Ausgabe 2005)
	Steuern von A–Z 2005 (engl. Fassung)
	Schriftenreihe BMF Heft 78: Haushaltskrisen im Bundesstaat – Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des BMF

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	Reisezeit: Ihr Weg durch den Zoll
BMWA	Informationen aus Wirtschaft und Arbeit
	Monatsbericht
	Broschüre „Ich-AG und andere Kleingründungen“
	Poster, Flyer, Plakate „Auf IT-gebaut“
	Einladungsflyer „Automobiltag Ost“
	A–Z der Arbeitsförderung (SGB III)
	Kündigungsschutz
	Hartz IV-Menschen in Arbeit bringen
	Bundesarbeitsblatt
	Dokumentation Nr. 545 (Energiereport IV) – deutsch/englisch
	Dokumentation Nr. 546 (Forschungsbericht „Strategiepapier zum Forschungsbedarf in der Wasserstoff-Energietechnologie“)
	Dokumentation Nr. 536 „Wissensbilanz – Made in Germany“
	Dokumentation Nr. 548 „Alterung und Familienpolitik – Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats“
	GründerZeiten Nr. 17 „Gründungskonzept“
	GründerZeiten Nr. 49 „Jahreserfolgsrechnungen“
	CD-Rom „BMWA Softwarepaket für Gründer und junge Unternehmen“
	Broschüre „Lärmarm konstruieren“
	Jahresbericht 2003/2004
	Flyer Laser 05
	Gestaltung „Stehen am Arbeitsplatz“
	Faltprospekt „Kostenlose Veröffentlichungen“
	Faltprospekt „Neue Gefahrstoffverordnung“
	Broschüre „Arbeitsschutz bei Abbrucharbeiten“
	Faltprospekt „Rückengerechter Patiententransfer“
	BAuA-Strategiebroschüre deutsch/englisch
	Faltblatt „Büroarbeit – Das Morgen heute denken“
	Broschüre „Gesundheitsschutz 4“; „Gesundheits-schutz 5“
	Faltblatt „Leitbild der BAuA“
	Faltblatt „Laser“
	Faltblatt „Optische Strahlung“
	Erweiterung des Jahresberichtes
	Imagebroschüre engl. Version
	Flyer „Bürokampagne“

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	INQUA-Memorandum „30, 40, 50 plus“, engl.
	INQUA-Basis Flyer
	Broschüre „Technik 23“
	Broschüre „Wohlbefinden im Büro“
	Leitfaden „Gesunder Wiedereinstieg“
	Broschüre „Mitarbeiterorientiertes Führen“
	Broschüre „Traumata“
	Plakate „Gute Praxis“
	Aufgabenbeschreibung des Bundeskartellamtes
	Tätigkeitsbericht einschl. Kurzfassung
	Kurzporträt der BAM
	Organigramm (englisch)
	Faltprospekte diverser Fachabteilungen
	BAM auf einen Blick
	Jahresbericht des BAFA 2004
BMVEL	**Schriftenreihen:**
	BMVEL-Schriftenreihe Angewandte Wissenschaft Nr. 507: „Das Verbandsklagerecht in der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft“
	BMVEL-Schriftenreihe Angewandte Wissenschaft Nr. 508: „Zukunft der Nutztierhaltung“
	BMVEL-Schriftenreihe Angewandte Wissenschaft Nr. 509: „Ausweitung des ökologischen Landbaus in Deutschland – Voraussetzungen, Strategien, Implikationen, politische Optionen“
	BMVEL-Schriftenreihe Angewandte Wissenschaft Nr. 510: „Analyse der Wirkungen unterschiedlicher Systeme von direkten Transferzahlungen unter besonderer Berücksichtigung von Bodenpacht- und Quotenmärkten“
	SR NR 25: Synthetische Biokraftstoffe
	SR NR 26: Ethanolstudie II
	SR NR 27: Tagungsband 9. Symposium Nachwachsende Rohstoffe für die chemische Industrie
	BfR-Verbraucherinformationen: „Risiko Pflanze“
	BfR-Verbraucherinformationen: „Risiko Pilze“
	Periodika:
	Compass Ernährung 02/05
	Blickpunkt Welternährung 05/05
	Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen 2005
	Tierschutzbericht 2005
	Bio-Siegel Report Ausgabe 02/05
	Landbauforschung Völkenrode 02/05

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	Wissenschaft erleben 01/05
	Forschungsreport 01/05
	BFH Jahresbericht 2004
	BFAFI Jahresbericht 2004
	ZADI Jahresbericht 2004
	Nachdrucke:
	Broschüre „Verbraucherleitfaden Holzschutzmittel“
	Verbraucherpolitischer Bericht 2004
	Broschüre „Ländliche Entwicklung aktiv gestalten – Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung“
	Flyer „Biovision – Zukunft mit Pflanzen“
	Flyer „Nützlinge zu kaufen“
	Broschüre „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“
	Flyer „oekolandbau.de“
	Visitenkarten „oekolandbau.de“
	Broschüre „Rahmenkriterien für das Verpflegungsangebot in Schulen“
	Broschüre „Pflanzen für die Industrie“
	Broschüre „Biologisch abbaubare Werkstoffe“
	Broschüre „Basisdaten Bioenergie, Biokraftstoffe“
	Gülzower Fachgespräche Band 22
	Branchenbroschüre Forst
	Broschüre „Bioschmierstoffe Kommun.“
	Broschüre „Handreichung Biogas“
	Sonstige:
	Broschüre „Besser Essen. Mehr bewegen. Der Wettbewerb“
	Broschüre „Beratung bei Gründung und Aufbau von landwirtschaftlichen Unternehmen in der Ukraine“
	Broschüre „Unternehmensanalyse und Betriebsvergleich in der Landwirtschaft der Ukraine“
	Broschüre „Erfahrungen beim Aufbau von privatwirtschaftlichen landwirtschaftlichen Beratungsdiensten in der Ukraine im Rahmen des ‚Deutsch-Ukrainischen Agrarentwicklungs- und Investitionsprojektes (DUAP)‘ “
	Broschüre „Förderung landwirtschaftlicher Produzenten Russlands durch den Aufbau von Genossenschaften“
	Broschüre „Nachwuchsbewerbung und Berufsmarketing im Agrarbereich“
	Broschüre „Berufsbildung zukunftsorientiert gestalten“
	Flyer „BMVEL-Dienstsitz Wilhelmstraße“
	Flyer „Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau“
	Broschüre „Der Ernährungskalender für Eltern“

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	BfR-Heft: „Das neue europäische Chemikalienrecht und Verbraucherschutz – Positionspapier des BfR zu REACH“
	BfR-Heft: „Risikoanalyse in der Schlachttier- und Fleischuntersuchung“
	BfR-Informationen: „Das Reichsgesundheitsamt im Nationalsozialismus“
	Broschüre „Sichere Lebensmittel – umfassender Verbraucherschutz“
	Folder Pflanzenschutzmittel
	Bildtafeln
	Info-Flyer „Die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft“
	Info-Karten „Holzschädlinge“
	Broschüre „Leitfaden Bioenergie“ CD-ROM
	Broschüre „Marktübersicht Pelletzentralheizungen“
	Flyer „Förderprogramm Biokraftstoffe“
	Broschüre „Biokraftstoffe – Strategie für Mobilität von Morgen“
	Broschüre „Markteinführungsprogramm – Richtlinie Bioschmierstoffe“
	Broschüre „Markteinführungsprogramm – Richtlinie Biodiesel“
	Broschüre „Biodiesel – Aussagen der Schlepperhersteller“
	Broschüre „Erfahrung Pflanzenöl als Kraftstoff“
BMVg	Nachdruck Broschüre „Der Bendlerblock“
BMFSFJ	Druck Gutachten „Nachhaltige Familienpolitik – Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik“
	Druck Gutachten „Einnahmeeffekte beim Ausbau von Kindertagesbetreuung sowie Anreize für Kommunen, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen“
	Druck Gutachten „Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik“
	Flyer „Freiwilliges Engagement – aber wo?“
	Leitfaden „Kosten betrieblicher und betrieblich unterstützter Kinderbetreuung“
	Broschüre „Staatliche Hilfen für Familien – Wann? Wo? Wie?“
	Druck Studie „Work-Life-Balance – Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität“
	Anlagen zur Pressemitteilung über den Alterssurvey
	Informationsfaltblatt zum Modellvorhaben „Pflegeausbildung in Bewegung“
	Broschüre „Mehr Mut zum Reden – Von misshandelten Frauen und ihren Kindern“ (Nachdruck)
	Flyer „Starkes Netzwerk für die Zukunft – Das Portal für Frauen“ (Nachdruck)
	Projekt P – Event-Flyer
	2. Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“
	Druck Broschüre Berufsausbildung eine Zukunftschance für Zugewanderte
	„Wie werde ich Deutsche/r?“ Broschüre zum Einbürgerungsrecht

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	„6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“
	BPjM-Aktuell u. Kurzinfo
	Infokarten Servicetelefon BPjM
	Regelmäßig erscheinende Zeitschrift für den Zivildienst: Zivildienstmagazin Mai/Juni Zivildienstmagazin Juli
	Zivildienst – ABC
	Merkheft „Soziale Sicherheit“ (für den Zivildienst)
	Fachheft: Wenn Teenager Eltern werden … Lebenssituation jugendlicher Schwangerer und Mütter sowie jugendlicher Paare mit Kind (Neudruck)
	Aufkleber: www.loveline.de Die Jugendhomepage zu Liebe, Partnerschaft, Sexualität und Verhütung (Nachdruck)
	Körper, Liebe, Doktorspiele Ein Ratgeber für Eltern zur kindlichen Sexualentwicklung vom 1. bis zum 3. Lebensjahr (Nachdruck)
	Körper, Liebe, Doktorspiele Ein Ratgeber für Eltern zur kindlichen Sexualentwicklung vom 4. bis 6. Lebensjahr (Nachdruck)
	Materialien zur Sexualaufklärung und Familienplanung Materialliste (Nachdruck)
	Jules Tagebuch – aufregende Jahre (Nachdruck)
	On Tour! L’amour? Travel Pack für Jugendliche auf Reisen (Nachdruck)
	Beifahrer – Kleiner Tourenplaner für werdende Eltern (Nachdruck)
	Medienpaket zur Prävention von Schwangerschaften Minderjähriger (insges. 8 Medien)
BMGS	Broschüre „Soziale Sicherung im Überblick“
	Broschüre „Zusätzliche Altersvorsorge“
	Ratgeber „Rente“
	Flyer „Zahnersatz“
	Erwerbsminderungsrente
	„Barrierefreies Internet“
	Broschüre „Ehrenamt“
	Ratgeber GkV Reform
	Flyer Telematik
	Broschüre SGB IX
	Flyer Müttergenesungswerk
	Übersicht Soz. Sicherung Überblick frz.
	Broschüre „jobs“
	Flyer UV-Sport

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	Schriftenreihe Nomos Band 155
	Broschüre „Drogen und Sucht“
	Broschüre „Gleichstellung“
	Broschüre Wechseljahre und Hormontherapie
	Flyer Zahnersatz
	Flyer Kubus
	Broschüre Prävention
	Flyer Bewegungsbroschüre
	Jahresrückblick 2004 der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz
	Dokumentation „Gib Aids keine Chance“
	Medienliste zur Aidsaufklärung
	Broschüre „Beziehungsweisen“
	3 deutsch-türkische Broschüren zur Aidsaufklärung
	Broschüre „HIV-Übertragung und Aids Gefahr“ in deutsch, englisch, französisch, türkisch, russisch
	Leporello „Fliegende Herzen“
	Broschüre „In unserer Straße“
	mach’s mit-Kreativkarten mit Kondomaufklebern
	Nichtraucherkalender
	Broschüre „Das Baby ist da“
	Manual „Rauchfreies Krankenhaus“
	Flyer zum Experten-Netzwerk „PrevNet“
	Rauchfrei-Startpaket
	Postkarten-Wissenstest zu Alkohol
	Zeitung „Das nasse Blatt“ 2005/06
	Jugendbroschüre „Alkohol“
	Broschüre „Kinder stark machen im Sportverein“
	Broschüre „Suchtvorbeugung im Sport“
	Info-Flyer und Pressemappe zum Mitmach Parcours „KlarSicht“
	Handbuch „Gemeinsam gegen Sucht“
	Faltblatt „Ecstasy“
	Flyer zur Rauchfrei-Jugendkampagne
	Leitfaden „Auf dem Weg zur rauchfreien Schule“
	Broschüren „Stop smoking – Girls“, „Stop smoking – Boys“, „Let’s talk about smoking“
	Fachheft „Der Organspendeprozess“
	Bestellliste zur Organspendekampagne

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
	Klappkarte „Organspendeausweis“
	Aufkleber zur Organspende
	Broschüre „Kopfläuse“
	Broschüre zu ADHS
	Broschüre „Das Baby“
	Impfkalender
	Broschüre „Kinderspiele“
	Fachheft „Gesundheitsförderung im Kindergarten“
	„Essstörungen“ – Leitfaden für Eltern, Angehörige, Partner, Freunde
	Gut drauf Tipp „Traumbody“
	Fachheft „Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte“
	Filmbegleitheft zur Serie „Die Hollies“
	InfoFlyer zur Website bzga-avmedien.de
	Jährlicher Drogen- und Suchtbericht (Mai 2005)
	Broschüre „Drogen und Sucht“ (Mai 2005 – Neuauflage)
BMVBW	Broschüre über die Aufgaben der BASt (Auflage: 4 200 Exemplare)
	Sicherheitsinfo Nr. 10 „AUTO REISEN – aber sicher“ (Auflage: 300 000 Exemplare)
	Publikation „Tatortstadt II, Perspektiven einer Stadtbaukultur“
	Bericht der Bundesregierung über die nach der Flusskonferenz vom 15. September 2002 eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes (Fertigstellung 22. Juli 2005)
BMU	Faltblatt „Elektrische und magnetische Felder der Stromversorgung“
	Leitfaden für die Vergütung von Strom aus Wasserkraft
	Broschüre „Erneuerbare Energien in Zahlen – nationale und internationale Entwicklung“
	Broschüre „Was Strom aus erneuerbaren Energien wirklich kostet“
	Magazin zur Abfallpolitik „Auf der Kippe“
	Magazin „Umwelt macht Arbeit“
	Magazin „Naturlandschaften in Deutschland“
	Bericht der Bundesregierung zur Lage der Natur
	Broschüre „Water Framework Directive“
	Broschüre „Globalisierung und Umwelt“
	Broschüre „Globalisation and the Environment“
	Broschüre „The Kyoto Protocol“
	Broschüre „Kurs halten – in der Umweltpolitik“
	Broschüre „Anspruchsvolle Umweltstandards im ÖPNV-Wettbewerb“
	Broschüre „Wir erhalten Lebensräume – für Eulen“
	Poster „Wir erhalten Lebensräume – für Luchse“

Ressort	**Broschüren/Informationsmaterial**
BMBF	Europäische Zusammenarbeit in Bildung und Forschung
	Einsteins unverhofftes Erbe
	Heute die Zukunft gestalten
	1stein Mai (Periodikum)
	BuFo (engl. Kurzfassung + CD-ROM; Berichtspflicht des BMBF für dt. Version)
	GLOWA – Globaler Wandel des Wasserkreislaufs
	Interregionale Allianzen für die Märkte von Morgen
	Regionen an der Grenze
	Unternehmen Region – Neue Materialien braucht das Land (Periodikum)
	Longitudinal Studies for Education Reports
	Anforderungen an Verfahren der regelmäßigen Sprachstandsfeststellung als Grundlage für die frühe und individuelle Förderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund
	Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik
	Ganztagsangebote in der Schule
	Programmheft zum Einstein-Jahr „Ich habe keine besondere Begabung, sondern bin nur leidenschaftlich neugierig“
	Duale Ausbildung in innovativen Technologiefeldern (CD-ROM)
	Internationalisierung des Studiums – Ausländische Studierende in Deutschland, deutsche Studierende im Ausland (17. Sozialerhebung, Periodikum)
	Internationalization of Higher Education – Foreign Students in Germany, German Students Abroad
	Jetzt selbst ausbilden – Berufe in Lager, Spedition und Logistik
	Jetzt selbst ausbilden – Kaufleute für Tourismus und Freizeit
	Jetzt selbst ausbilden – Industrielle Metallberufe
	Jetzt selbst ausbilden – Bestattungsfachkraft
	Aufbau innovationsförderlicher Unternehmenskultur (Flyer)
	Demografischer Wandel – (k)ein Problem
	Studiensituation und studentische Orientierung (9. Studierendensurvey, Periodikum)
	Individuelle Förderung – Bildungschancen für alle (Flyer)
BMZ	Informationsmappe zum Weltwassertag (VN Water Board)
	Informationsmappe zu den Millennium Entwicklungszielen (MDG’s)
	Flyer „Weltwirtschaftsgipfel 2005 – FOCUS AFRIKA“ Die deutsche G8-Afrikapolitik
BKM	Flyer Erinnerungspolitik NS-Herrschaft
	Flyer Nachdruck Filmförderung
	Veranstaltungskalender Juli bis Dezember 2005
	Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, MfS-Handbuch III.13

Ressort	Broschüren/Informationsmaterial
	Stasi-Unterlagen-Gesetz (Text)
BPA	Bundeskanzler Gerhard Schröder – Reden Januar 2003 bis Dezember 2004
	Broschüre „Ehrensache – Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland“
	Flyer „Erfahrung ist Zukunft“
	Flyer WM-Website (engl., franz., span.)
	G8, Afrika-Bericht, dt.
	Druck der Innovationsbroschüre „Deutsche Stars“
	„Für unser Land und seine Menschen – das Begonnene fortführen“ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des Antrages gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes vor dem Deutschen Bundestag
	Flyer „Energieversorgung im Bundeskanzleramt“ (Nachdruck)
	Flyer „Der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt“ (Nachdruck)
	Flyer „Architektur und Kunst – das neue Bundeskanzleramt“ (Nachdruck)
	Broschüre „Europa – Werte, Wege, Ziele“
	Broschüre „Meilensteine für eine nachhaltige Entwicklung“ Kurzfassung Fortschrittsbericht 2004/engl.

4. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Welche Informationskampagnen sind von der Bundesregierung für dieses Jahr geplant, und auf wie lange beläuft sich die Vorbereitungszeit für diese?

Antwort des Stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung und stellvertretenden Leiters des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Hans-Hermann Langguth vom 26. Juli 2005

Von der Bundesregierung sind für das Jahr 2005 derzeit noch folgende Informationskampagnen geplant:

Ressort	Geplante Informationskampagnen 2005
AA	Routinemäßige Nachwuchswerbung im Rahmen der üblichen Bewerbungsfristen für alle Laufbahnen durch Messebeteiligung, Anzeigen, Informationsvorträge, Homepage
	Ausstrahlung eines 30-Sek. TV-Spots „Modern Germany“ in den Großräumen Washington, Chicago und San Francisco (August 2005, insges. 1 600 Mal)
	Anzeige in den USA zum 15. Jahrestag der Deutschen Einheit
	TV-Spot für die Fußball-WM im Mittleren Westen, Südwesten und an der Westküste der USA geplant (30-Sek.-Spot „Deutschland und die Fußball-WM 2006“, Spätherbst 2005)
BMI	„Einführung ePass“ (Plakate; Kurzfilme; Broschüre; Beileger und Flyer)
	Taschendiebstahlprävention anlässlich des XX. Weltjugendtages in Köln vom 15. bis 21. August 2005

Ressort	**Geplante Informationskampagnen 2005**
BMF	Bekämpfung der Schwarzarbeit (Branchenorientierte Kampagne im Frühjahr 2005)
	Steuerliche Förderung der Altersvorsorge (Sommer 2005)
	Bekämpfung der Schwarzarbeit (Bürgerorientierung; 2. Jahreshälfte 2005)
BMVEL	Verbraucherinformationskampagne „ECHT GERECHT. Clever kaufen“ läuft seit 2004, derzeit vorgesehenes Kampagnenende: 2006
	Informations- und Aufklärungskampagne für Senioren: „Fit im Alter“ läuft seit 2003, derzeit vorgesehenes Kampagnenende: 2006
	Informations-, Aufklärungs- und Beratungskampagne für Kindergärten und Kindertagesstätten „Fit Kid“ läuft seit 2002, derzeit vorgesehenes Kampagnenende: 2006
	Informations-, Aufklärungs- und Beratungskampagne für Schulen „Schule + Essen = Note 1“ läuft seit 2003, derzeit vorgesehenes Kampagnenende: 2006
	Maßnahme „Informationskampagne“ des Bundesprogramms Ökologischer Landbau; läuft seit September 2004; derzeit vorgesehenes Kampagnenende 2006 (Verlängerungsoption bis 2007)
	Maßnahme „Presse- und Medienarbeit“ des Bundesprogramms Ökologischer Landbau; läuft seit September 2004; derzeit vorgesehenes Kampagnenende 2006 (Verlängerungsoption bis 2007)
BMFSFJ	„Jugendschutz – wir halten uns daran!“
	„Alt für Jung – ein Plus für Alle“ (laufend bis Juli 2005, Start 30. November 2004)
	„Erfahrung ist Zukunft“ (laufende Dachkampagne der Bundesregierung unter Beteiligung BMFSFJ, Start 28. Juni 2005)
	„SCHAU HIN!“ (laufend bis Juli 2006, Start 29. August 2003)
	„Projekt P“ (laufend bis Ende 2005, Start 30. November 2004)
	„Kinder kriegen mehr …“/Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige (laufend bis Frühjahr 2006, Start 19. April 2005)
BMGS	Kampagnen unter anderem zu folgenden Themenfeldern der gesundheitlichen Aufklärung: Aidsaufklärung „Gib AIDS keine Chance“, Suchtprävention: „rauchfrei“, „Bist Du stärker als Alkohol“, Organspende: „Organspende schenkt Leben“ usw.
BMU	Kampagne zum Artenschutz „Nature is calling“
BMBF	Ganztagsschulprogramm
	Initiative Zukunftstechnologien

Soweit von den Ressorts genaue Vorbereitungszeiten genannt werden können, belaufen sich diese auf bis zu 24 Monate.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter **Erwin Marschewski (Recklinghausen)** (CDU/CSU)

Welche Themen wurden beim Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 3. Juli 2005 im Königsberg/Kaliningrader Gebiet im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gebietes erörtert (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Georg Boomgaarden, vom 13. Juli 2005 auf meine schriftliche Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 15/5919), und welche konkreten Ergebnisse wurden dabei erzielt?

Antwort des Staatssekretärs Georg Boomgaarden vom 27. Juli 2005

In meiner Antwort vom 13. Juli 2005 hatte ich Ihnen bereits mitgeteilt, dass die Entwicklung des Kaliningrader Gebiets im Rahmen des Besuchs erörtert wurde. Bei Ansprachen an der Staatlichen Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad haben sowohl der Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch Präsident Wladimir Putin besonders auf die deutsche Vergangenheit Kaliningrads hingewiesen. Dabei hat der Bundeskanzler die besondere Rolle Kaliningrads als westlichster Stadt Russlands für die Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland unterstrichen und auf die Bedeutung des Engagements deutscher und europäischer Institutionen in Kaliningrad hingewiesen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

In welchen kleinstmöglichst abgrenzbaren Einheiten in der Landeshauptstadt München beträgt die Zahl der nichtdeutschen Staatsangehörigen mehr als 30 Prozent, 40 Prozent oder 50 Prozent jeweils unterschieden nach Altersgruppen?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 28. Juli 2005

Nach dem Kreisbericht 2004 (Bevölkerung am 31. Dezember 2004 in kreisfreien Städten und Landkreisen) des Statistischen Bundesamtes beträgt der Anteil nichtdeutscher Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung in der Landeshauptstadt München 23,8 Prozent. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort vom 20. Oktober 2004 – 131. Sitzung des Deutschen Bundestages – zu Ihrer mündlichen Frage 12 vom 15. Oktober 2004 (Bundestagsdrucksache 15/3925).

7. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Welchen Anteil wird die nichtdeutsche Bevölkerung nach Altersgruppen geschätzt in 10 bzw. 20 Jahren in der Landeshauptstadt München betragen?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 28. Juli 2005

Ich verweise auf die Antwort vom 20. Oktober 2004 zu Ihrer mündlichen Frage 13 vom 15. Oktober 2004 (Bundestagsdrucksache 15/3925).

8. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

In welchen abgrenzbaren Gebietskörperschaften oder Gebietsteilen in der Bundesrepublik Deutschland wird der Anteil nichtdeutscher Bevölkerung in den kommenden 10 bis 20 Jahren über 20 Prozent, 30 Prozent, 40 Prozent oder 50 Prozent liegen?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 28. Juli 2005

Daten zur künftigen Entwicklung der deutschen und ausländischen Bevölkerung in den Gebietskörperschaften oder in Gebietsteilen der Bundesrepublik Deutschland liegen nicht vor. Derartige Berechnungen werden nicht zentral und nicht flächendeckend durchgeführt.

Die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder liefern lediglich Ergebnisse für Bund und Länder, aber nicht getrennt nach deutscher und ausländischer Bevölkerung.

9. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Welche vorraussichtlichen Kosten verursacht die Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei durch neue Briefbogen, Visitenkarten, Dienstsiegel, Uniformen, Umspritzen von Fahrzeugen und Luftfahrzeugen, neue Beschilderungen von Liegenschaften etc.?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Göttrik Wewer vom 22. Juli 2005

Wie der amtlichen Begründung zum Gesetzentwurf zur Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei (vgl. Bundestagsdrucksache 15/5217, S. 26) zu entnehmen ist, betragen die voraussichtlichen Kosten 460 000 Euro, die zu einem Teil schrittweise anfallen.

Für die Dienstkleidung entstehen durch die Namensänderung keine zusätzlichen Kosten, da lediglich der Schriftbogen „Bundesgrenzschutz“ auf den Ärmeln zu entfernen ist.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

10. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie viele Personen wurden in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetz über den europäischen Haftbefehl (BVerfG, 2 BvR 2236/04 vom 18. Juli 2005) bereits aus der Haft entlassenen bzw. müssen aus der Haft entlassen werden (bitte Zahlenangaben nach Bundesland aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 27. Juli 2005

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung, die auf einer Umfrage bei den Landesjustizverwaltungen und dem Bundeskriminalamt beruhen, wurden insgesamt acht Personen aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus der Haft entlassen, nämlich in:

Bayern:	2
Baden-Württemberg	0
Berlin:	0
Brandenburg:	0
Bremen:	0
Hamburg:	2
Hessen:	1
Mecklenburg-Vorpommern:	0
Niedersachsen:	0
Nordrhein-Westfalen:	2
Rheinland-Pfalz:	1
Saarland:	0
Sachsen:	0
Sachsen-Anhalt:	0
Thüringen:	0

Zu der Anzahl der Fälle, in denen im Hinblick auf die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine Inhaftnahme vorläufig zurückgestellt wurde oder in denen eine Überhaftnotierung aufgehoben werden musste, liegen der Bundesregierung keine Angaben vor.

11. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Was waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für die Inhaftierung der aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetz über den europäischen Haftbefehl (BVerfG, 2 BvR 2236/04

vom 18. Juli 2005) aus der Haft bereits entlassenen bzw. noch auf freien Fuß zu setzenden Personen (bitte Angaben nach Bundesland und Personen aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 27. Juli 2005

Die aus der Haft entlassenen Personen (deutsche Staatsangehörige) saßen wegen des Verdachts folgender Delikte ein:

Bayern: je eine Person wegen Zuhälterei und wegen Betruges

Hamburg: neben dem Verfassungsbeschwerdeführer eine Person wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung, unerlaubten Handeltreibens mit Betäubungsmitteln und Geldwäsche

Hessen: eine Person wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz

Nordrhein-Westfalen: je eine Person wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und wegen Anlagebetrugs

Rheinland-Pfalz: eine Person wegen Rauschgiftschmuggels von Spanien nach Frankreich.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

12. Abgeordneter **Stefan Müller (Erlangen)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass in Abweichung von den Regelungen der neuen EU-Zinsrichtlinie EU-Staaten wie Österreich und Luxemburg, aber auch die Schweiz, alternativ nur eine fünfzehnprozentige Quellensteuer erheben, hierin einen Wettbewerbsnachteil für deutsche Banken und Sparkassen, und gibt es verlässliche Daten über die dadurch bewirkte Kunden- und Einlagenabwanderung in diese Länder?

Antwort des Staatssekretärs Volker Halsch vom 26. Juli 2005

Die Zinsrichtlinie ist das Ergebnis langjährigen Ringens um ein gemeinschaftliches Rechtsinstrument zur Koordinierung der Zinsbesteuerungssysteme der Mitgliedstaaten und wurde nur konsensfähig, indem den Mitgliedstaaten die Wahlmöglichkeit zwischen dem automatischen Auskunftsaustausch und einem Quellensteuerabzug während eines Übergangszeitraums eingeräumt wurde.

Österreich, Belgien und Luxemburg haben sich nach Maßgabe der Zinsrichtlinie entschieden, während eines Übergangszeitraums einen Quellensteuerabzug anzuwenden, dessen Einnahmen zu drei Viertel dem Wohnsitzstaat des privaten Anlegers zufließen. Der Steuersatz beträgt anfänglich, d. h. ab dem 1. Juli 2005 15 Prozent, wird jedoch in den folgenden Jahren des Übergangszeitraums auf 35 Prozent ansteigen (auf 20 Prozent ab dem 1. Juli 2008 und auf 35 Prozent ab dem 1. Juli 2011).

Dieses Quellensteuerabzugsverfahren, das in gleicher Weise von der Schweiz und weiteren europäischen Drittstaaten (Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino) eingeführt wird, sichert, entsprechend der Zielsetzung der Zinsrichtlinie, eine effektive Mindestbesteuerung der Zinserträge privater, in der EU ansässiger Anleger.

Die Zinsrichtlinie schafft verbesserte Wettbewerbsbedingungen insbesondere auch für deutsche Banken und Sparkassen, indem sie steuerinduzierten Kapitalverkehrsverzerrungen entgegenwirkt. Soweit eine leichthin mögliche Nichtbesteuerung das entscheidungserhebliche Kriterium für eine Kapitalanlage im EU-Ausland, wie z. B. in Luxemburg, oder europäischen Drittstaaten, wie z. B. Liechtenstein oder der Schweiz, war, wirkt der Quellensteuerabzug der damit verbundenen Kunden- und Einlagenabwanderung entgegen.

13. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Wie hoch waren für den Bund die Dividendeneinnahmen seit 1998 aus dem Besitz von Aktien der Deutsche Post AG, aufgeschlüsselt nach Jahren?

Antwort des Staatssekretärs Volker Halsch vom 26. Juli 2005

Aus dem Besitz von Aktien der Deutsche Post AG (DPAG) hat der Bund für die jeweiligen Geschäftsjahre die in nachfolgender Übersicht angeführten Dividendeneinnahmen erhalten:

Geschäftsjahr	**Dividendeneinnahmen – in Mio. Euro –**
1998	153,4
1999	89,5
2000	150,2
2001	205,9
2002	222,6
2003	97,9
2004	40,4

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

14. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in einem Beitrag des Nachrichtenmagazins „stern“ (Nr. 28/2005, S. 28 ff.) „Diesmal wird es Tote geben“ zum Ausdruck kommende Einschätzung einer besonderen Gefährdungslage beim Einsatz der deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie hieraus hinsichtlich einer nötigen Verlängerung des deutschen Afghanistan-Mandats in diesem Jahr?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Walter Kolbow vom 28. Juli 2005

Nein, die Bundesregierung teilt die in dem zitierten Artikel zum Ausdruck kommende Einschätzung nicht.

15. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen von KSK-Kräften gegenüber dem Nachrichtenmagazin, dass es sich bei den vorgesehenen Einsätzen im Südwesten Afghanistans, an der Grenze zu Pakistan, um mangelhaft vorbereitete, politisch motivierte und viel zu riskante Einsätze handelte?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Walter Kolbow vom 28. Juli 2005

Der Bundesregierung sind die in dem Artikel zitierten Quellen nicht bekannt. Die zum Ausdruck kommenden Einschätzungen werden von der Bundesregierung nicht geteilt. Die Einsätze sind Teil der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA. Sie erfolgen auf der Grundlage des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie einschlägiger Resolutionen des VN-Sicherheitsrates und des geltenden Mandats des Deutschen Bundestages.

16. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Geht es bei den Einsätzen der deutschen KSK-Kräfte auch um die aktive Bekämpfung der Drogenmafia in Afghanistan?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Walter Kolbow vom 28. Juli 2005

Nein.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

17. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen der Familienpolitik so zu gestalten, dass Generationensolidarität nicht zu Lasten der freien Wahl für Kinder und Partnerschaft geht (vgl. kfd direkt vom Juni 2005), wie die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Christel Riemann-Hanewinckel, sich beim Jahrestreffen des „Bundesforum Familie“ äußerte?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marieluise Beck vom 27. Juli 2005

Die Bundesregierung hat in der Familienpolitik einen Politikwechsel eingeleitet. Das neue Konzept heißt nachhaltige Familienpolitik. Eine nachhaltige Familienpolitik besteht aus einem gelungenen Mix von Zeitpolitik, Infrastrukturförderung und monetärer Unterstützung. Sie ermöglicht der nachwachsenden Generation die Entscheidungen für die eigenen Lebensformen und die Entscheidung für Familie und Kinder in Freiheit und Selbstverantwortung. Nachhaltige Familienpolitik trägt somit dazu bei, den heutigen Eltern und der nachwachsenden Generation die Möglichkeit zu sichern und zu eröffnen, die Fürsorge für Kinder, die Fürsorge für die eigenen Eltern und die Fürsorge für den Partner in eigener Entscheidung als Teil der eigenen Lebensführung zu begreifen und zu realisieren. Eine so verstandene nachhaltige Familienpolitik leistet einen Beitrag, das Humanvermögen einer Gesellschaft zu erhalten und zu akzeptieren, dass die Leistungen der nachwachsenden Generation für die eigenen Kinder, für die Solidarität mit den Eltern und die Fürsorge in Staat und Gesellschaft unverzichtbare Bestandteile der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sind.

18. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Stehen für Migrantinnen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden, spezifische Beratungs- und Zufluchtsstellen zur Verfügung, und welche sind dies?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marieluise Beck vom 27. Juli 2005

Es bestehen in den Bundesländern Beratungs- und Zufluchtsstellen für alle von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen, darunter auch Migrantinnen. Deren Betrieb bzw. deren Finanzierung obliegt nach dem Grundgesetz der Zuständigkeit der Bundesländer. Vereinzelt gibt es – u. a. in großen Städten – auch spezifische Angebote für gewaltbetroffene Migrantinnen (z. B. so genannte Internationale Frauenhäuser in Koblenz und Düsseldorf).

Die Bundesregierung kommt in diesem Bereich ihren Aufgaben durch die Förderung bundesweiter Vernetzungsstellen (z. B. der Frauenhauskoordinierungsstelle) nach. Über die bestehenden Hilfseinrichtungen liegen der Bundesregierung keine abschließenden Informationen vor.

Die Bedeutung von Migrantinnen als Zielgruppe von Frauenhäusern ergibt sich aus der – nicht repräsentativen – Statistik der Frauenhauskoordinierungsstelle. Demnach waren im Jahr 2003 47 Prozent der Frauenhausbewohnerinnen ausländischer Herkunft (38 Prozent hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit).

19. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Hält die Bundesregierung den Aufbau weiterer Beratungs- und Zufluchtsstellen für erforderlich?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marieluise Beck vom 27. Juli 2005

Für eine bedürfnisgerechte Versorgung der von häuslicher Gewalt betroffenen Migrantinnen sind die Bundesländer zuständig. Eine Beurteilung, ob der Aufbau weiterer Beratungs- und Zufluchtsstellen erforderlich ist, ist der Bundesregierung aufgrund fehlender Daten nicht möglich.

Die Ergebnisse der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen repräsentativen Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ zeigen, dass viele von Gewalt betroffene deutsche wie auch ausländische Frauen die Hilfsangebote nicht in Anspruch genommen haben und einen niedrigschwelligeren Zugang zum Hilfesystem wünschen. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, eine bundesweite Notrufnummer für von Gewalt betroffenen Frauen einzurichten. Diese soll Migrantinnen Beratung in ihrer jeweiligen Muttersprachen anbieten.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

20. Abgeordneter **Helge Braun** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie die „Detailed guidance on the collection, verification and presentation of adverse reaction reports arising from clinical trials on medicial products for human use“ durch das Arzneimittelgesetz und die GCP-Verordnung vom 9. August 2004 der EU-Kommission von April 2004 hinsichtlich der Meldepflichten von Prüfer und Sponsor über unerwartete schwerwiegende Nebenwirkungen (SUSARs) bei der klinischen Prüfung von bereits zugelassenen Arzneimitteln deckungsgleich umgesetzt hat?

21. Abgeordneter **Helge Braun** (CDU/CSU)

Wenn nein, wieso nicht, und sieht die Bundesregierung hierin einen Nachteil für den Standort Deutschland durch Sonderregelungen und zusätzlichen bürokratischen Aufwand?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Theo Schröder vom 28. Juli 2005

Die Leitlinie „Detailed guidance on the collection, verification and presentation of adverse reaction reports arising from clinical trials on medicial products for human use“ wird in den zuständigen Gremien der europäischen Gemeinschaft derzeit überarbeitet, die Verabschiedung wird in den kommenden Wochen erwartet. Die Bundesregierung wird dann überprüfen, ob Ergänzungen oder Präzisierungen in den nationalen Regelungen vorzunehmen sind. Sie wird auch prüfen, ob zusätzliche Anpassungen aufgrund der Erfahrungen in der Vollzugspraxis erforderlich sind.

22. Abgeordneter **Dr. Hans Georg Faust** (CDU/CSU)

Wann hat die Bundesregierung, wie in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 15/5182 zum Stand der Umsetzung der Integrierten Versorgung angekündigt, „… die staatlichen Aufsichtsbehörden zu ersuchen, die ihrer Aufsicht unterstehenden Krankenkassen um Mitteilung der für die Beantwortung der vorstehenden Fragen erforderlichen Informationen zu bitten […]“, diesbezüglich die staatlichen Aufsichtsbehörden um entsprechende Informationen zur ergänzenden Beantwortung der Fragekomplexe 1, 2, 3, 5, 6, 8, 9, 10, 16, 17, 18, 19, 29 und 30 dieser o. g. Kleinen Anfrage gebeten?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Theo Schröder vom 28. Juli 2005

Die in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zum Stand der Umsetzung der integrierten Versorgung angekündigte Abfrage bei den Aufsichtsbehörden erfolgte mit Schreiben vom 11. April 2005.

23. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Herstellungs- und Schaltkosten der ganzseitigen Anzeige des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung in der Juliausgabe der Parteizeitschrift „Schrägstrich“?

Antwort des Staatssekretärs Heinrich Tiemann
vom 29. Juli 2005

Die Herstellungs- und Schaltkosten der o. g. Anzeige betrugen 4 266 Euro.

24. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Wie ist die Entwicklung der Mindestreserven in der gesetzlichen Rentenversicherung, und wie hoch war die Mindestreserve am 15. Juli 2005?

Antwort des Staatssekretärs Heinrich Tiemann
vom 27. Juli 2005

Der Begriff der „Mindestreserve“ kommt in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht vor. Es gibt hingegen den unteren Zielwert der Nachhaltigkeitsrücklage (bis Ende 2003 Schwankungsreserve genannt). Dieser beträgt seit dem Jahr 2004 0,2 Monatsausgaben und soll jeweils zum Jahresende (mindestens) erreicht werden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie sich die Schwankungsreserve bzw. Nachhaltigkeitsrücklage seit 1992 entwickelt hat. Von damals 25 Mrd. Euro (2,6 Monatsausgaben) wurde die Schwankungsreserve bis 1997 auf 7,3 Mrd. Euro (0,6 Monatsausgaben) abgebaut, obwohl im gleichen Zeitraum der Beitragssatz von 17,7 auf 20,3 Prozent angehoben wurde. In den Jahren 1996 bis 1998 wurde der gesetzliche Zielwert der Schwankungsreserve erheblich unterschritten.

Jahr	Schwankungsreserve/Nachhaltigkeitsrücklage	
	gesetzlicher Zielwert in Mrd. Euro	Tatsächliches IST in Mrd. Euro
1992	9,6	25,1
1993	10,4	19,8
1994	11,1	17,1
1995	12,0	11,2
1996	12,5	7,3
1997	12,6	7,3
1998	13,0	9,2
1999	13,6	13,6
2000	14,3	14,2
2001	14,8	13,8
2002	12,2	9,7
2003	7,8	7,5
2004	3,2	5,0

Die Absenkung des unteren Zielwertes der Nachhaltigkeitsrücklage auf 0,2 Monatsausgaben erfolgte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwächephase, die ab dem Jahr 2001 einsetzte. Die Absenkung hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass der Beitragssatz trotz

der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage stabil bei 19,5 Prozent gehalten werden konnte. Mit dem unteren und dem oberen Zielwert der Nachhaltigkeitsrücklage, der 1,5 Monatsausgaben beträgt, wird eine Bandbreite beschrieben, innerhalb derer konjunkturelle Schwankungen ausgeglichen werden sollen.

Die Zielwerte der Nachhaltigkeitsrücklage bzw. Schwankungsreserve sind auf das Jahresende bezogen und für die Festsetzung des Beitragssatzes relevant. Die Höhe der Nachhaltigkeitsrücklage in den übrigen Monaten des Jahres ist weniger von Bedeutung und folgt einem spezifischen Verlauf.

Während die Entwicklung der Ausgaben der Rentenversicherung unterjährig relativ gleichmäßig verläuft, fallen die Beitragseingänge in den einzelnen Monaten unterschiedlich hoch aus. Diese Entwicklung ist nicht neu, vielmehr sind aufgrund von Sonderzahlungen der Arbeitgeber oder einer unterschiedlichen Anzahl von Bankarbeitstagen unterjährige Liquiditätsschwankungen zwangsläufig. Insbesondere baut sich die Nachhaltigkeitsrücklage regelmäßig im Jahresverlauf immer weiter ab und wird erst im Monat Dezember durch die dann eintreffenden Beiträge auf Sonderzahlungen („Weihnachtsgeld“) auf ihren Jahresendwert aufgefüllt.

Im Jahr 2004 betrug dieser Aufwuchs im Monat Dezember fast 3 Mrd. Euro. Auch in der Vergangenheit ist die Schwankungsreserve im Jahresverlauf gefallen und zum Jahresende in vergleichbarer Größenordnung gestiegen. So lag die Schwankungsreserve beispielsweise im November 1995 rund 3,6 Mrd. Euro unter dem Jahresendwert. Im Jahr 1996 waren es 3,4 Mrd. Euro, im Jahr 1997 2,4 Mrd. Euro.

Unterjährig wird die Nachhaltigkeitsrücklage jeweils am Monatsende von den Rentenversicherungsträgern an das Bundesversicherungsamt gemeldet. Seit Ende Januar 2005 hat sich die Nachhaltigkeitsrücklage in der allgemeinen Rentenversicherung nach diesen Monatsmeldungen wie folgt entwickelt:

Monatsende	Nachhaltigkeitsrücklage 2005 in Mrd. Euro
Januar	4,4
Februar	2,9
März	2,1
April	1,5
Mai	1,0
Juni	0,9

Da die Meldung über die Höhe der Nachhaltigkeitsrücklage nur jeweils am Monatsende erfolgt, kann Ihre Frage bezüglich des Termins 15. Juli 2005 nicht beantwortet werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

25. Abgeordneter **Albrecht Feibel** (CDU/CSU)

Wie ist der aktuelle Stand des Lkw-Maut-Schiedsgerichtsverfahrens, und welche Verfahrenskosten sind bisher durch dieses entstanden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 21. Juli 2005

Das Schiedsgericht hat sich konstituiert. Die Klageschrift wird dem Schiedsgericht in nächster Zeit zugeleitet.

Der Bund erhebt in dem Schiedsgerichtsverfahren Forderungen von rund 4,6 Mrd. Euro, die sich aus Schadensersatzansprüchen und Vertragsstrafen zusammensetzen. Die Verfahrenskosten belaufen sich bisher auf rd. 6 Mio. Euro.

26. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Menschen mit Behinderung durch die neuen Tarife der Deutschen Bahn AG und der französischen SNCF für Krankenzüge kaum mehr in der Lage sind, an Fahrten mit Sonderzügen (Malteserkrankenzüge) teilzunehmen, und falls ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, sich für diese Behinderten und Kranken einzusetzen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 25. Juli 2005

Die Bundesregierung wurde Ende 2004 über Probleme des Malteser Hilfsdienstes bei der Durchführung von Sonderfahrten mit der Bahn für kranke und behinderte Pilger nach Frankreich/Lourdes informiert. Neben der mangelnden Verfügbarkeit von Lazarettwagen und organisatorischen Problemen wurde auch auf die Erhöhung des Fahrpreises für den französischen Streckenteil hingewiesen. Der Malteser Hilfsdienst sah dadurch die Fortführung der Sonderfahrten gefährdet.

Die Vertragsverhandlungen über die Bedingungen für die Durchführung der Pilgerfahrten führen die Bahnen DB AG und SNCF in eigener Verantwortung. Nach Angaben der DB AG konnten sich beide Bahnen über die Pilgerfahrten für das Jahr 2005 verständigen und haben ihr Interesse an einer Fortführung der Zusammenarbeit auch in den Folgejahren betont. Den Preisen für die Sonderfahrten liegen nach Angaben der SNCF und des französischen Verkehrsministeriums die tatsächlich ermittelten Kosten zugrunde. Der Anstieg ergebe sich insbesondere aus den hohen Planungskosten und den gestiegenen Kosten für Dienstleistungen in den Zügen und auf den Bahnhöfen.

Eine Einflussnahme der Bundesregierung auf die unternehmerischen Preisentscheidungen der Eisenbahnen ist nicht möglich.

27. Abgeordneter **Stefan Müller (Erlangen)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 73 von der Anschlussstelle Forchheim-Süd bis zur Anschlussstelle Eltersdorf vom weiteren Bedarf in den Vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan höherzustufen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 25. Juli 2005

Mit der Verabschiedung des Fernstraßenausbaugesetzes 2004 hat der Deutsche Bundestag die verbindlichen Festlegungen über die Dringlichkeiten der Projekte getroffen. Diese können dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen entnommen werden. Dies gilt auch für den 6-streifigen Ausbau der Bundesautobahn A 73 im Raum Erlangen. Diese Festlegungen sind auch für die Bundesregierung bindend. Sie kann daran keine Veränderungen vornehmen. Eine Neueinstufung der Projekte wird Ergebnis der nächsten Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes werden.

Wegen planerischer Abhängigkeiten zum Ausbau der Bundesautobahn A 3 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen kürzlich dem Antrag der bayerischen Straßenbauverwaltung zur Aufnahme planerischer Aktivitäten für den 6-streifigen Ausbau der Bundesautobahn A 73 im Raum Erlangen zugestimmt. Damit ist keine Änderung der Dringlichkeit verbunden.

28. Abgeordneter **Gero Storjohann** (CDU/CSU)

Treffen Medienberichte (Bild vom 2. Juli 2005) zu, wonach die Bundesregierung die gesetzliche Einführung des Fahrens mit Licht am Tage in der Bundesrepublik Deutschland plant, und falls ja, unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen soll dies geschehen?

29. Abgeordneter **Gero Storjohann** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, dass nach einer etwaigen gesetzlichen Einführung des Fahrens mit Licht am Tage in der Bundesrepublik Deutschland das Licht an den Fahrtrichtungsanzeigern von Motorrädern dauerhaft zumindest gedimmt neben dem normalen Abblendlicht, wie es heute schon Vorschrift ist, eingeschaltet ist, damit die Motorradfahrer von Personen- und Lastkraftwagen besser zu unterscheiden sind?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke vom 26. Juli 2005

Das Thema Fahren mit Licht am Tage wird seit Jahren national und international diskutiert. So hat u. a. die Europäische Kommission ein Forschungsprojekt durchgeführt. Um weitere Erkenntnisse zu erhal-

ten, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Bundesanstalt für Straßenwesen beauftragt, die Vor- und Nachteile des Fahrens mit Licht am Tage (Tagfahrleuchten/Fahren mit Abblendlicht) aus fachlicher Sicht zu untersuchen.

Im Lichte der Ergebnisse dieser Untersuchungen wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Vor- und Nachteile abwägen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

30. Abgeordnete **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU)

Wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) der Finanzierung der Bundesstraße B 28 neu (heutige Landesstraße L 370) zwischen der Bundesstraße B 28 bei Tübingen/Freibad und dem Abzweig der Landesstraße L 371 nach Hirschau als erstem Abschnitt der Bedarfsplanmaßnahme Bundesstraße B 28 Rottenburg-Tübingen aus Mitteln des Titels 741 45 (Pauschalmittel) zustimmen, und wenn ja, wann?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 26. Juli 2005

Das in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen aufgenommene Bauvorhaben Bundesstraße B 28 Rottenburg–Tübingen stellt für den Bund eine Verkehrseinheit dar. Der Aus- und Umbau des angesprochenen Abschnittes der heutigen Landesstraße L 370 zwischen Bundesstraße B 28 (Neckarbrücke Tübingen) und der Einmündung der Landesstraße L 371 in die Landesstraße L 370 alleine stellt keine einzeln finanzierbare, weil nicht verkehrswirksame Einheit einer Bundesfernstraße dar.

Die vorgeschlagene oder eine andere Finanzierungsform ist für einen nicht verkehrswirksamen Teilabschnitt grundsätzlich nicht zulässig.

31. Abgeordnete **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU)

Verknüpft das BMVBW die Zustimmung zu o. g. Finanzierung mit einer Abstufung der Bundesstraße B 28 alt zwischen Herrenberg und Tübingen zu einer Landesstraße, und zu welchem Zeitpunkt müsste die Abstufung spätestens erfolgen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 26. Juli 2005

Die o. g. Finanzierung steht für die angesprochene nicht verkehrswirksame Teilmaßnahme – wie ausgeführt – schon grundsätzlich nicht zur Disposition.

32. Abgeordnete **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU)

Trifft es in diesem Zusammenhang zu, dass im Falle der Abstufung der Bundesstraße B 28 der zweibahnige Schloßbergtunnel in Tübingen in die Baulast der Stadt Tübingen käme, und würde in diesem Fall die Stadt in die Abstufungsgespräche eingebunden werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 26. Juli 2005

Ja.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

33. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung darüber entscheiden, das elektrische Dosimeter in der amtlichen Dosimetrie zuzulassen?

Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake vom 27. Juli 2005

Die Bundesregierung beabsichtigt elektronische Personendosimeter (EPD) für amtliche Aufgaben zuzulassen. Nach der jetzt erfolgreich abgeschlossenen Konzeptphase leitet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) dazu ein mehrmonatiges Erprobungsprogramm ein. Nach Abschluss der Erprobung – voraussichtlich Ende 2006 – können die EPD's für die amtliche Dosimetrie zugelassen werden.

Berlin, den 29. Juli 2005

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333